

Pressemitteilung

Am 2. und 9. November 2021 haben sich zwölf Bremer Bürgerinitiativen zusammengeschlossen, nämlich „Platanen am Deich“, „Kein Hochhaus im Viertel“, „Bremer Bahnhofplatz Initiative“, „Oslebshausen und Umzu“, „Erhalt der nördlichen Lesumwiesen“, „Mobilitätsfrieden – Bürger Findorff“, „Klimawald Gete-Vahr“, „Mobilitätsfrieden – Östliche Vorstadt“, „Pro Unibad“, „Grünes St. Magnus“, „BürgerInneninitiative PROtest Kornstraße“ und „Blumenstraße“. Sie wollen Probleme, die alle betreffen, insbesondere bei der Stadtentwicklung und der Bekämpfung von Umweltsünden künftig gemeinsam angehen.

Die Regierungspolitik in Bremen ist von einem ins Auge springenden Widerspruch zwischen theoretischen Einsichten und praktischem Handeln gekennzeichnet.

- Auf dem Papier erklären SPD, Grüne und Linke, dass Schluss sein soll mit der investorengesteuerten Stadtentwicklung. In der Praxis passiert das Gegenteil. Investoren planen mit Unterstützung des Senats überall in Bremen Großbauprojekte, die hauptsächlich dazu dienen, Profite zu erwirtschaften, aber das Gegenteil einer geordneten und verantwortlichen kommunalen Stadtentwicklung darstellen.
- Theoretisch sind sich die Parteien in der Bürgerschaft einig, dass der CO₂-Anstieg in Bremen gebremst werden muss. Sogar eine Enquete-Kommission wurde deswegen eingesetzt. Praktisch setzt die regierende Koalition an vielen Stellen der Stadt Abriss- und Neubauvorhaben um, die zu einer gravierenden Zunahme des CO₂-Ausstoßes führen.
- In politischen Erklärungen werden den Bürgerinnen und Bürgern Beteiligungsrechte bei Stadtentwicklungsvorhaben und umweltbezogenen Maßnahmen zugesichert. In der Praxis wird die Beteiligung nur formal durchgeführt – die Bürgerinnen und Bürger werden zur Staffage degradiert. Bei diversen Bebauungsplänen gab es eine Vielzahl von sachlich fundierten, von Experten eingebrachten Vorschlägen und Einwendungen, die so gut wie nie beachtet wurden. Aufwendige, von Bürgerinitiativen vorgelegte Fachgutachten wie das Gutachten zur Frage der Deichsicherheit und zum Erhalt der Platanen in der Neustadt wurden von der Umwelt-, Bau- und Verkehrssenatorin vom Tisch gefegt, wenn die Aussagen nicht passten.
- Offene Stadtentwicklungsdebatten mit der Zivilgesellschaft über die Nutzung eines Ortes und das Ob und Wie eines Projektes bleiben aus. In kleinen Kreisen wird entschieden, verkündet und gegen Kritik verteidigt (Beispiele Verkehr: Martinistraße, Am Wall, übergestülpte Parkraumkonzepte in Quartieren, ohne Beteiligung). Die jeweils wichtige Frage „Was brauchen wir hier in 20, 30 oder 50 Jahren?“ (etwa Klimawald/Erholung oder Wohnbau) wird von der Politik nicht mit der Stadtgesellschaft erörtert.
- In der Theorie soll die Verwaltung transparent und bürgernah sein. Dazu ist in Bremen ein Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet worden, damit die Bürgerinnen und Bürger Verwaltungshandeln nachvollziehen können. In der Praxis fehlt die versprochene Transparenz häufig. So werden Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz verschleppt, gar nicht beantwortet oder mit vorgeschobenen Argumenten abgelehnt – oder herausgegebene Informationen werden einfach geschwärzt („Geschwärzte Akten sorgen für Verdruss“, Weser-Kurier-Artikel vom 10.04.2019).

Wir Bremer Bürgerinitiativen wollen, dass sich dieser Politikstil ändert. Er ist für einen Zusammenhalt der Gesellschaft schädlich. Stadtentwicklungsprojekte und die Behandlung der Umwelt müssen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen, nicht von oben herab und gegen sie. Der Zusammenschluss der Bremer Bürgerinitiativen hat daher am 02.11.2021 eine Grundsatzerklärung zur Stadtentwicklung verfasst, die sich an die bremische Öffentlichkeit wendet und ausführlich auf die Situation und die Defizite der bremischen Politik eingeht.

Wir werden einen gemeinsamen Flyer im Bremer Stadtgebiet verteilen, der unter der Überschrift „HEUTE WIR – MORGEN IHR“ auf das aufmerksam machen wird, was zurzeit in unserer Stadt leider schiefläuft.